



WÜRZBURGER LISTE

WL e.V. –Stadtratsfraktion, Rathaus, 97067 Würzburg

Stadt Würzburg
Herrn Oberbürgermeister
Christian Schuchardt
Rathaus
97067 Würzburg

Würzburger Liste e.V. –Stadtratsfraktion
Rathaus, Zimmer 3
97067 Würzburg
Tel.: 0931/37 36 89
Fax: 0931/37 29 59
wl-fraktion@stadt.wuerzburg.de

Würzburg, 14.11.2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Stadtrat möge, während der Haushaltsberatungen einen Antrag auf Verstaatlichung aller berufsbildenden Schulen in personeller Trägerschaft der Stadt Würzburg beschließen.

Begründung:

Bereits in den 1960er, 70er und 80er Jahren bemühte sich die Stadt Würzburg durch Verstaatlichungsanträge einen Ausweg aus der exorbitant hohen finanziellen Belastung zu finden.

In jenen Jahren war sich der gesamte Stadtrat bewusst, dass bei einer weiterhin bestehenden unvergleichbaren hohen Belastung durch den Schuletat die notwendige Luft zu leben und sich zu entwickeln abgestellt werden.

Im zähen Ringen mit Kultus- und Finanzministerium -mit und ohne Unterstützung der Abgeordneten- gelang es dem Stadtrat sich von der Last der Fachakademie für Musik, von zwei Gymnasien und einer Realschule und von der städtischen FOS/BOS zu befreien.

90 Prozent der beruflichen Schulen in Bayern sind in staatlicher bzw. privater Trägerschaft. In einigen Regierungsbezirken gibt es überhaupt keine kommunalen Berufsschulen. Nicht nur die Stadt Würzburg, sondern sämtliche Landkreise Unterfrankens werden durch die kommunalen Berufsschulen Würzburgs außerordentlich belastet.

Im Jahre 2001 schien es möglich, zumindest einen Teil der städtischen Berufsschulen in staatlicher personeller Trägerschaft überführen zu können, um die Stadt zu entlasten.

Erst in letzter Sekunde durch Intervention des damaligen Finanzministers wurde dies verhindert und im Ausgleich dazu stattdessen eine erhöhte Förderung des städtischen Theaters von weiteren 5 Millionen DM durch den bayerischen Ministerpräsidenten zugesichert. Diese erhöhte Förderung von 5 Millionen DM gilt übrigens bis zum heutigen Tag, wenn auch in nahezu halber Höhe in EURO.

Im kommenden Jahr wird durch die Aufgabe der städtischen FOS/BOS zwar eine Entlastung des Schuletats entstehen. Demgegenüber ist es aber erschreckend, dass trotz der Erhöhung der

Steuer und steuerähnlichen Einnahmen um 15,5 Millionen EURO die Zuführung zum Vermögenshaushalt um 300.000 EURO in 2017 gegenüber 2016 niedriger ausfällt.

Allarmierend für Alle sollte sein, dass der Entwurf des Haushaltsplanes gegenüber dem Jahresergebnis 2015 um 6 Millionen EURO auf einen Gesamtzuschussbedarf der Schulen von 47,6 Millionen EURO steigt.

Dies zeigt, dass nicht der Sozialetat, sondern die zukünftigen Aufwendungen von Schulen uns jeglichen finanziellen Freiraum für notwendige, neue Aufgaben (z.B. Krippen- und Ganztagesbetreuung) und dringend notwendig Instandsetzungs- und Unterhaltsmaßnahmen kommunaler Infrastruktur nehmen.

Die Entwicklung Würzburgs ist in den vergangenen 15 Jahren bezogen auf ihre Einwohnerzahl und ihre Finanzentwicklung trotz steigender Einnahmen weit hinter der Entwicklung vergleichbarer Städte, wie Regensburg und Ingolstadt, zurück geblieben.

Als ehemalige viertgrößte Stadt Bayerns streiten wir uns mit Fürth und Erlangen um den letzten Platz der bayerischen Großstädte. Bei besten Steuereinnahmen des Freistaates Bayern und bei Einhaltung der Zusagen des Bundes Kommunen zu entlasten, wird von all dem vielen Geld nichts übrigbleiben, wenn ein Befreiungsschlag in Sachen Schulen nicht nur für Würzburg, sondern für alle Städte und Landkreise Unterfrankens nicht gelingt.

Mit der Unterstützung aller Abgeordneten in Unterfranken und er unterfränkischen Oberbürgermeister und Landräte sollte es gelingen, die Staatsregierung davon zu überzeugen, dass die Verstaatlichung von Schulen nicht ein Akt der Gnade, sondern eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber unserer Stadt darstellt.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Weber
Fraktionsvorsitzender

gez.
Ingo Klünder
Stellv. Fraktionsvorsitzender

gez.
Micaela Potrawa
Mitglied des Stadtrates